

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 848 ppbn d

Inhalt

Gerlinde Hämmerle MdB und Horst Sielaff MdB zum Umgang mit der Aussiedlerproblematik: Das Verbleiben erleichtern, den Kommenden helfen.

Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB zu einem Vorschlag der EG-Kommission: Lebensmittelbestrahlung: Kommt sie nun doch?

Seite 3

Dokumentation:

Die Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) der Diözese Münster haben an die Bundestagsabgeordneten dieses Bereichs appelliert, der heute im Bundestag anstehenden Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes nicht zuzustimmen. Wortlaut

Seite 4

43. Jahrgang / 231

2. Dezember 1988

Das Verbleiben erleichtern, den Kommenden helfen

Zum Umgang mit der Aussiedlerproblematik

Von Gerlinde Hämmerle MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion „Integration der Aussiedler und Übersiedler“ und

Horst Sielaff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Eingliederung der Aussiedler und Übersiedler, der heute im Plenum behandelt wird, ist ein weiterer Beleg für die Geradlinigkeit sozialdemokratischer Politik: In den 70er Jahren haben wir uns durch unsere Ostpolitik dafür eingesetzt, daß die Staaten Ost- und Südosteuropas die Rechte ihrer deutschen Minderheiten achten, und wir haben es erreicht, daß die Deutschstämmigen zu erleichterten Bedingungen in die Bundesrepublik einreisen können - wenn sie dies denn wollen. Und auf diesen beiden Säulen muß auch die weitere Politik gegenüber den Aussiedlern und Übersiedlern basieren.

Die Bundesregierung muß sich in diesem Zusammenhang vorwerfen lassen, daß sie wenig dazu beigetragen hat, das Bleiben in den Ländern Ost- und Südosteuropas zu ermöglichen und zu stabilisieren. Das muß sich ändern - zum Wohle der Menschen, die oft mit völlig unrealistischen Erwartungen in die Bundesrepublik kommen, aber auch zum Wohle derjenigen, die als Deutsche in ihrer Heimat Ost- und Südosteuropa bleiben wollen. Denkbar wären in dieser Hinsicht verbesserte Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik oder die Bereitstellung von deutschen Büchern und Zeitschriften.

Aber auch die Bundesdeutschen können im Austausch noch viele Wissenslücken schließen: Schulpartnerschaften könnten geschlossen werden, in größerem Umfang müßten (zum Beispiel durch Bücher und Zeitschriften) Informationen über Leben und Geschichte der Deutschen in Rumänien, der Sowjetunion et cetera vermittelt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erhältlicher Umfang
mit dem Namen Rohloff
Kunststoffpapier



Doch wenn die Menschen in die Bundesrepublik kommen, muß es für eine so reiche Gesellschaft wie die Bundesrepublik selbstverständlich sein, daß sie alles tut, um die Aussiedler und Übersiedler so schnell wie möglich zu integrieren. Wenn ihr dies seit Ende 1949 mit mehr als 13 Millionen Menschen gelungen ist, dürfte die jetzt zu erwartende Anzahl kein Problem für sie sein.

Dabei muß mit Entschiedenheit der Auffassung entgegengetreten werden, daß Aussiedler und Übersiedler gegenüber Einheimischen bevorzugt würden. Die beispielsweise im SPD-Antrag aufgegriffene Forderung nach Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus soll ausdrücklich allen Berechtigten zugute kommen. Alle anderen Forderungen zielen nur darauf ab, diesen Menschen, die sich eine neue Existenz aus dem Nichts aufbauen müssen, Starthilfen zu geben. Dies sind Investitionen, die sich lohnen. Denn wenn die Integration geglückt ist, werden sie alle in den Gemeinschaftstopf einbezahlen und damit einen wesentlichen Beitrag zu unserem Staat leisten.

Bis dahin ist es jedoch ein weiter Weg, zu dem die Bundesregierung unter allen Umständen einen wesentlich verbesserten administrativen und finanziellen Rahmen zur Verfügung stellen muß. Um nur einige Punkte zu nennen: Die Sprachförderung sowie Fortbildung und Umschulung müssen deutlich verbessert werden.

All diese Leistungen müssen erbracht werden, ohne die moralischen und verfassungsrechtlichen Pflichten gegenüber den politisch verfolgten Ausländerinnen und Ausländern zu verletzen. Deshalb ist es völlig unangemessen, Aussiedler und Aussiedlerinnen gegen Asylsuchende (oder umgekehrt) auszuspielen.

(-/2.12.1988/vo-he/rs)

* * *

Lebensmittelbestrahlung: Kommt sie nun doch?

Zu einem Vorschlag der EG-Kommission

Von Dr. Anke Martiny MdB
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Nach einem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft sollen in der EG künftig einheitliche Regeln für die Bestrahlung von Lebensmitteln gelten. Weil unterschiedliche Regelungen in einzelnen EG-Ländern in Kraft sind - hierzulande ist die Konservierung von Lebensmitteln durch radioaktive Bestrahlung verboten, in den Niederlanden aber zum Beispiel erlaubt - besteht Harmonisierungsbedarf.

Verbraucherpolitikerinnen und -politiker betrachten mit Sorge, wie an dem Beispiel Bestrahlung von Lebensmitteln exemplarisch vorgeführt wird, womit wir rechnen müssen: Nicht das höchste Schutzniveau ist der Maßstab.

Angesichts der Tatsache, daß sich der Beratende Verbraucherausschuß bei der EG-Kommission, in dem der Dachverband der Verbraucherorganisationen, der Europäische Gewerkschaftsbund, der europäische Zusammenschluß der Konsumentengruppen und der Familienverbände zusammengefaßt sind, eindeutig gegen die Einführung der Lebensmittelbestrahlung ausgesprochen hat, weil sehr viele Fragen im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern eben nicht geklärt sind, ist das ein Schlag ins Gesicht.

Wie soll das weitergehen? Was droht uns nun? Es sollen nur bestimmte Produkte zur Bestrahlung zugelassen werden; dazu gehören Gewürzkräuter, Hülsenfrüchte und Cornflakes. Bereits auf dem Markt sind ebenfalls bestrahlte Erdbeeren, Zwiebeln und Kartoffeln.

Sozialdemokratische Verbraucherpolitik hatte deshalb immer eine eindeutige Kennzeichnung bestrahlter Lebensmittel gefordert. Auch diese Forderung droht unterlaufen zu werden. Die Pläne sehen vor, nur dann zu kennzeichnen, wenn die bestrahlten Zutaten über 25 Prozent des Gesamtprodukts ausmachen. Die bestrahlten Zwiebeln, die bestrahlten Gewürze dürften damit wohl nie unter die Kennzeichnungspflicht fallen. Die Täuschung von Kunden zum Beispiel über den Frischegrad von Lebensmitteln ist also möglich.

Was außerdem fehlt, ist eine zuverlässige, empfindliche und schnelle Nachweismethode für die erfolgte Bestrahlung. Wie soll die Lebensmittelkontrolle da eigentlich funktionieren? Viel Arbeit für die neue Gesundheitsministerin, die ja nicht nur für AIDS zuständig ist.

(-/2.12.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

CAJ und BDKJ: AFG-Novelle nicht zustimmen!

Die Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) der Diözese Münster haben an die Bundestagsabgeordneten dieses Bereichs appelliert, der heute im Bundestag anstehenden Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes nicht zuzustimmen. Wir dokumentieren Ihren Brief im Wortlaut.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Befremden und Ablehnung reagieren wir als Diözesanvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und als Diözesananleitung der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) in der Diözese Münster auf die geplante 9. Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG).

Wir sind erstaunt von dem Tempo, mit dem diese Novellierung durchgesetzt werden soll, ohne daß die betroffenen Fachverbände informiert oder angehört worden sind.

Wir haben den Eindruck, daß diese Novellierung ein reines „Spargesetz“ ist, und damit der in § 2 AFG genannten arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung nicht gerecht wird.

Die beabsichtigten Änderungen betreffen vor allem junge Menschen, deren Zukunftsperspektiven ohnehin düster sind, und die schon jetzt in hohem Maße von Arbeitslosigkeit und ihren Folgen betroffen sind.

Im einzelnen kritisieren wir folgende geplante Änderungen:

- Der bisherige Rechtsanspruch auf volle Kostenerstattung bei Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen für bestimmte Gruppen soll in eine Kannbestimmung umgewandelt werden.

Ob also jemand in Zukunft an einer solchen Maßnahme teilnehmen kann, wird in das Ermessen der Arbeitsämter gestellt und damit von der Haushaltslage abhängig gemacht. Dies bedeutet für viele Betroffene eine Chance weniger, einen sinnvollen Arbeitsplatz zu erhalten.

- Der Zuschuß der Arbeitsämter für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen soll gesenkt werden. (§ 94) Dies wird vor allem für viele kleine Träger bedeuten, daß sie keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr einrichten können. Wenn diese Maßnahmen auch keine richtigen Arbeitsplätze ersetzen können, so stellen sie doch für viele junge Menschen die einzige Möglichkeit dar, Berufspraxis zu gewinnen und zumindest für einen bestimmten Zeitraum einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen.

- Die Anspruchsdauern auf Arbeitslosengeld soll gekürzt werden. (§ 106) Die Verkürzung auf sechs Monate für unter 20jährige beziehungsweise neun Monate für 20- bis 25jährige betrifft eine besonders von Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit betroffenen Gruppe. Die Betroffenen sind ohnehin schon durch die Arbeitslosigkeit in ihrem Selbstwertgefühl beeinträchtigt und werden nunmehr auch noch schneller ins soziale Abseits gestellt. Durch diese Maßnahme werden die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Eltern der jungen Menschen abgewälzt.

Die Mitglieder der CAJ und der anderen Verbände des BDKJ sehen mit großer Aufmerksamkeit, daß eine Sparpolitik auf ihrem Rücken ausgetragen wird und zu gleicher Zeit sinnlose Milliardenprojekte wie der „Jäger 90“ auf den Weg gebracht werden.

Im Interesse einer lebenswerten Zukunft für viele junge Menschen bitten wir Sie eindringlich, sich gegen diese Novellierung einzusetzen.

gez. Erika Köster
CAJ-Diözesansekretärin

gez. Ludger Nagel
BDKJ-Diözesanvorsitzender
(-/2.12.1988/vo-he/rs)

* * *